

FACTSHEET: HONDURAS

1. Soziale, wirtschaftliche und politische Situation

Honduras gehört zu den Ländern mit der größten **Ungleichheit und Armut** in der westlichen Hemisphäre und steht vor großen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderung, insbesondere nach der Corona-Pandemie und den Wirbelstürmen Eta und Iota im Jahr 2020. Fast die Hälfte der 10,1 Millionen Einwohner*innen lebt in extremer Armut.¹ Dies betrifft insbesondere die ländlichen Gegenden mit indigener und afrodeszendenter Bevölkerung. Die Staatsverschuldung liegt derzeit bei 60% des Bruttoinlandsprodukts.² Die Mordrate zählt zu der höchsten weltweit, rund 44,8 von 100.000 Einwohner*innen wurden 2019 Opfer eines Tötungsdelikts.³ Aufgrund der vorherrschenden **Straflosigkeit**, schwacher staatlicher Institutionen und der zentralen Lage in Mittelamerika florieren Geschäfte wie der **Drogen-, Waffen- und Menschenhandel**.⁴ Auch wichtige Mandatsträger*innen sind am organisierten Verbrechen beteiligt. Im April 2022 wurde **der ehemalige Präsident, Juan Orlando Hernández, an die USA ausgeliefert**, wo ihm ein Prozess wegen Drogenhandels bevorsteht.

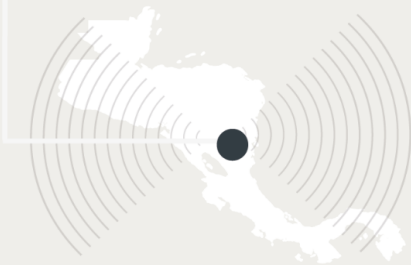
Viele Menschen fliehen vor der Gewalt und Armut aus Honduras. 937.000 Menschen leben im Ausland und 247.000 Personen gelten als intern Vertriebene.⁵ Über 20% des BIP stammen von Rücküberweisungen aus dem Ausland.⁶

Im November 2021 wurde **Xiomara Castro** von der linken LIBRE-Partei zur Präsidentin gewählt. Die Regierung steht nun vor der Herausforderung, die nach dem Putsch von 2009 ausgehebelten demokratischen Strukturen wiederherzustellen, der grassierenden Korruption und Straflosigkeit ein Ende zu setzen sowie Gewalt, Drogen- und Bandenkriminalität einzudämmen.⁷

Große Teile der honduranischen Zivilgesellschaft setzen Hoffnungen in die neue Regierung.⁸ Bereits in den ersten Monaten wurden einige richtungweisende Entscheidungen erlassen. Per Dekret verfügte die Präsidentin, dass alle bestehenden Bergbaukonzessionen überprüft und keine weiteren Lizenzen für Tagebau mehr vergeben werden sollen. In einer einstimmigen Entscheidung beschloss der Kongress das Gesetz zu Sonderzonen für Beschäftigung und ökonomische Entwicklung (*Zonas de empleo y desarrollo económico, ZEDE*) aufzuheben. Ebenfalls einstimmig wurde das Gesetz zur Geheimhaltung (*Ley de Secretos*) zurückgenommen. Es hatte staatlichen Institutionen Handlungen ermöglicht, ohne öffentlich Rechenschaft darüber ablegen zu müssen. Dies war ein Einfallstor für Korruption. Die Regierung verhandelt derzeit mit den Vereinten Nationen über die Einsetzung einer **Internationalen Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras (CICIH)**, die zu Transparenz und Rechtsstaatlichkeit beitragen soll. Gleichzeitig gibt es jedoch auch besorgniserregende Signale. So wurden beispielsweise, dank eines im Februar 2022 erlassenen Amnestiegesetzes, hohe Regierungsbeamten*innen, die unter anderem wegen Korruptionsvorwürfen verurteilt waren, freigelassen. Zudem ist bisher nicht abschließend zu beurteilen, wie viel faktischen Spielraum die Regierung tatsächlich hat, die ambitionierten Reformen tatsächlich umzusetzen.

2. Situation der Zivilgesellschaft

Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte schätzt, dass 90% der Straftaten gegen **Menschenrechtsverteidiger*innen** strafflos bleiben. 2021 wurden insgesamt 332 Straftaten gegen Menschenrechtsverteidiger*innen verzeichnet und 11 ermordet.⁹ Global Witness listete Honduras 2020 auf Platz zwei der gefährlichsten Länder weltweit für Umweltaktivist*innen.¹⁰ Der seit 2015 bestehende nationale Mechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen ist weder mit ausreichenden personellen noch finanziellen Mitteln ausgestattet und es fehlt an politischem Willen, um effektiven Schutz für die



bedrohten Personen zu bieten.¹¹ Auch Journalist*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen sind bedroht. Ende Mai wurde die für Umweltdelikte zuständige Staatsanwältin, Karen Gabriela Almendares Herrera, vor ihrem Haus in Nacaome im südlichen Department Valle von zwei Unbekannten erschossen.¹²

Während der zwölfjährigen Regierung unter der Nationalpartei (*PNH*) wurde durch Verfassungs- und Gesetzesreformen die Gewaltenteilung zunehmend geschwächt und die **Artikulation der Zivilgesellschaft** immer weiter eingeschränkt. Die 2021 eingeführten **Reformen der Strafprozessordnung** ermöglichen unter anderem präventive und sofortige Zwangsräumungen ohne gerichtliche Kontrolle, was sowohl gegen die von Honduras unterzeichneten internationalen Verpflichtungen, als auch gegen die honduranische Verfassungsrechtsprechung verstößt. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte zeigt sich insbesondere besorgt über die juristische Figur der "Inbesitznahme des öffentlichen Raums", die weitreichende Einschränkungen von sozialem Protest ermöglicht und das Recht auf freie Meinungsäußerung gefährdet.¹³

Besonders besorgniserregend sind diese Reformen in Zusammenhang mit der Kriminalisierung der Verteidigung von Land, Territorium und Umwelt. Laut offiziellen Angaben wurden bis 2020 355 Bergbaukonzessionen vergeben, weitere 333 befanden sich in Prüfung.¹⁴ Ein Großteil der vergebenen Konzessionen befinden sich auf dem Territorium von indigenen Gemeinschaften und werden ohne die in der **ILO Konvention 169** und der UNDRIP (*United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*) festgelegte freie, vorherige und informierte Konsultation der betroffenen indigenen und afro-indigenen Bevölkerung vergeben. Angesichts dieses Panoramas stellt das Versprechen, den Bergbausektor besser zu regulieren, die Regierung vor große Herausforderungen. Gleichzeitig stehen auch andere Sektoren, wie die Wasserkraft- und Palmölindustrie, immer wieder als Treiber für Landkonflikte in der Kritik.

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestages:

- Öffentliche Statements in Schlüsselmomenten (z.B. Gerichtstermine) bei emblematischen Fällen wie die gewaltsam verschwundenen Garífuna-Aktivist*innen, weitere Begleitung des Falls der ermordeten Umwelt-Verteidigerin Berta Cáceres und des Betrugs um die Konzession für den Fluss Gualcarque.
- Einladung von bedrohten Richter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen in den Bundestag.
- Gegenüber der honduranischen Regierung: Forderung und Begleitung der konsequenten Anwendung der ILO Konvention 169 zum Schutz der vertraglich zugesicherten Rechte Indigener Völker, insbesondere die Verpflichtung zur Durchführung einer freien, vorherigen und informierten Konsultation (wie in der UNDRIP vorgesehen).
- Offener Brief an den Nationalen Kongress mit der Bitte, die Vorstellung des jährlichen Menschenrechtsberichts durch die Nationale Menschenrechtskommission, CONADEH, in Kürze zu terminieren.

Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika:

